

INDABA

Das SADOCC-Magazin für das Südliche Afrika

104/19

KLIMAWANDEL

Fossilwirtschaft Südafrika

ARBEITERINNEN

Informell in Zimbabwe

RAUBKUNST

Restitution an Afrika – jetzt!



SADOCC

Das Dokumentations- und Kooperationszentrum Südliches Afrika in Wien setzt sich für eine solidarische Außen-, Wirtschafts- und Entwicklungspolitik gegenüber den Ländern des Südlichen Afrika ein.

SADOCC

- » **Dokumentation und Bibliothek in**
1040 Wien, Favoritenstraße 38/18/1
(Öffnungszeiten: Dienstag 14.00-18.00)
Tel. 01/505 44 84
Fax 01/505 44 84-7
www.sadocc.at
- » **das quartalsweise erscheinende Magazin INDABA**
- » **monatliche Veranstaltungen: »Forum Südliches Afrika«**
- » **Stadtspaziergänge »Afrikanisches Wien«**
- » **Projekt Jugendzentrum in Soweto**
- » **Nelson Mandela-Tag jeden 18. Juli**

Interessierte Einzelpersonen und Institutionen können SADOCC durch ihren Beitritt als unterstützende Mitglieder fördern. In der Mitgliedsgebühr von jährlich EUR 30,- (für Institutionen EUR 50,-) sind sämtliche Aussendungen und Einladungen enthalten.

Das Abonnement von INDABA kostet EUR 18,-.

Abo- oder Mitgliedsbeitrags-Einzahlungen auf unser Konto bei der BA-CA, BLZ 12000, Konto 610 512 006, IBAN AT57 1200 0006 1051 2006, BIC BKAUATWW; Spenden erbeten auf Konto: BAWAG/PSK, BLZ 60000, Kto-Nr. 93.009.960, IBAN AT70 6000 0000 9300 9960, BIC BAWAATWW.

Mitarbeit bei SADOCC

Willkommen, wenn Sie sich für praktische Solidarität mit dem Südlichen Afrika interessieren!

SADOCC-Aktionsgruppe Südafrika:

Fundraising für Jugendzentrum IKAGENG in Soweto

jährlicher Nelson Mandela-Tag

am 18. Juli, Kontakt: office@sadocc.at

Österreichische

Namibia-Gesellschaft:

2020 feiern wir 30 Jahre

Unabhängigkeit Namibias!

Kontakt: namibia@sadocc.at

SADOCC-Flohmarkt

Unsere Bibliothek verfügt über zahlreiche Dubletten (wissenschaftliche oder graue Literatur) zu Südafrika, Zimbabwe, Namibia und Moçambique (auch in Portugiesisch) sowie zu anderen ausgewählten afrikanischen Ländern. Interessent/inn/en, die darin stöbern wollen, sind willkommen, Preise verhandelbar. Anmeldung erbeten unter office@sadocc.at.

3

Aktionen für Klimawandel

Südafrikas Wirtschaft ist stark kohlezentriert – NGOs fordern den sozialverträglichen Übergang zu mehr Nachhaltigkeit



Klimawandel und Armutsbekämpfung

4

8

Ausweg Solarenergie

Werner Weiss über das von Österreich finanzierte SOLTRAIN-Projekt

Südafrikas WM-Sieg im Rugby

13

14

Arbeit in der informellen Wirtschaft

Nina Herzog sprach mit Lorraine Sibanda, der Vorsitzenden der informell Beschäftigten in Zimbabwe

Namibia: Diskussion über Soziale Medien

19

Noch einmal zur Rolle Mugabes

21

»Kenyanisches Marathonwunder«

23

24

Kunstrückgabe an Afrika

Kwame Opoku, international renommierter Aktivist, über die Restitution von afrikanischen Kunstwerken, die zur Kolonialzeit geraubt wurden

IMPRESSUM: **Herausgeber und Medieninhaber (Verleger):** Dokumentations- und Kooperationszentrum Südliches Afrika (1040 Wien, Favoritenstraße 38/18/1). E-Mail: office@sadocc.at. URL: www.sadocc.at. **Druck:** Medienfabrik Wien. **Papier:** Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier. **Art Direction:** Sander Design (1060 Wien). **Layout:** Dechant Grafische Arbeiten. **Mitarbeiter/innen dieser Ausgabe:** Shereeh Bega, Bernhard Bouzek, Christa Hager, Kurt Greussing, Nina Herzog, Peter Johnston, Mmatlou Kalaba, Adalbert Krims, Simon Loidl, Elizabeth Mkandawire, Kwame Opoku, Walter Sauer, Daniel Stögerer, Daniela Waldburger, Werner Weiss. **Fotos:** AAE INTEC, Nina Herzog, International Union for Conservation of Nature (IUCN), Maria Kirchner, PID/Jobst, SADOCC, Walter Sauer, Ina-Maria Shikongo, Daniel Weber, www. **Redaktionsschluß dieser Ausgabe:** 30. November 2019. **Konto:** BACA, IBAN AT 571200 0006 1051 2006, BIC BAWAATWW; **Spenden** erbeten auf Konto: BAWAG/PSK, IBAN AT70 6000 0000 9300 9960, BIC OPSKATWW. Dem **Beirat** von SADOCC gehören an: Reginald Austin, Harare/London; Johann Gattringer; Ingeborg Grau; Helmuth Hartmeyer; Peter Jankowitsch; Peter Katjavivi, Windhoek; Horst Kleinschmidt, Kapstadt; Adalbert Krims; Shula Marks, London; Kirsten Rüther; Godwin Schuster.

Vor einiger Zeit haben wir Sie über die von VIDC und SADOCC veranstaltete EU-Afrika-Konferenz zum Thema »Inequality. A Challenge for African-European Cooperation« informiert (INDABA 101/19). Deren einstimmig verabschiedete Schlußerklärung forderte die Gremien der Europäischen Union dazu auf, wirtschaftliche und soziale Entwicklung als Priorität der künftigen Beziehungen zu Afrika zu betrachten und die Ursachen der wachsenden Ungleichheit zwischen den wie auch innerhalb der beiden Regionen zu beseitigen, anstatt eine »Festung Europa« zu errichten.

Sozusagen als Antwort darauf verabschiedete der EU-Rat am 25. November 2019 *Schlußfolgerungen über »Addressing inequality in partner countries«*. Immerhin etwas, würde man denken, legt das achtseitige Papier aber bald enttäuscht zur Seite. Daß soziale Ungleichheit eine Bedrohung für die soziale Kohesion einer Gesellschaft und letztlich auch die Demokratie darstellt, ist schon die einzige Gemeinsamkeit, die sich – fast wortgleich – in beiden Dokumenten findet.

räch Hingegen blenden die EU-Schlußfolgerungen die wachsende soziale Ungleichheit in Europa selbst aus – das Problem existiert laut Brüssel nur in Übersee. Darüber hinaus werden als Lösungsstrategie politische Reformen im Sinne von »good governance« und mehr Entwicklungszusammenarbeit zur Erreichung der Sustainable Development Goals angepeilt. Erstere enthält das NGO-Papier ebenfalls, aber viel detaillierter und mit wirtschaftspolitischen Forderungen verbunden (umverteilende Steuern, Stärkung der öffentlichen Leistungen bei Gesundheit, Bildung und sozialer Sicherheit etc.).



Zweiteres widerspricht fundamental der Einschätzung der Wiener Konferenz, die zu dem Schluß kam, die bisherige Kooperation zwischen Europa und Afrika in Handels-, Entwicklungs- und Sicherheitspolitik sei unfähig gewesen, den Abwärtstrend zu stoppen. Deshalb haben wir auch detaillierte Forderungen für eine »Rekonzeptualisierung der Beziehungen zwischen Europa und Afrika auf der Basis von gegenseitigem Respekt, Solidarität und sozialer Gerechtigkeit« gefordert (die Formulierung stammt vom südafrikanischen Minister Pravin Gordhan, der in letzter Minute an einer Teilnahme verhindert gewesen war).



EU-Afrikakonferenz 2018

Daß Afrika in der neuen EU-Kommission einem spanischen Kommissar unterstellt sein wird, der bislang als Verfechter einer harten Linie in der Migrations- und Sicherheitspolitik hervorgetreten ist, stimmt auch nicht besonders hoffnungsfroh.

Nichtsdestotrotz: Namens des gesamten SADOCC-Teams wünsche ich Ihnen Frohe Feiertage und ein friedliches und glückliches Neues Jahr!



EU-Afrikakonferenz 2018

Vor dem Übergang zur »green economy«?

Diskussion in Südafrika zu Kohleausstieg und Umweltsteuern

Als einziger Staat Afrikas – und als einer von nur 57 weltweit – besteuert Südafrika seit kurzem den CO₂-Ausstoß. Der seit Juni in Kraft befindliche South African Carbon Tax Act sieht eine Abgabe von 120 Rand pro Tonne emittierten Kohlendioxids und flüssiger Brennstoffe vor sowie steuervermindernde Anreize für Energieeffizienz. Während die betroffenen Unternehmen den Untergang der südafrikanischen Energiewirtschaft prophezeihen, gehen Umweltforscher von einer langfristigen Reduktion der CO₂-Emissionen um ein Drittel aus. Für kritische Nichtregierungsorganisationen ist damit aber nur der erste Schritt auf dem langen Weg zur Erreichung des in Paris zugesagten Klimaziels gesetzt. Ein Bericht von Sheree Bega.

Südafrika ist zwar zunehmend überflutet mit schlechten Nachrichten über die Auswirkungen des Klimawandels und den Verlust von Wasser und biologischer Vielfalt, aber seine politischen Antworten sind bei weitem nicht umfassend genug.

»Der dringende Bedarf an transformativen Veränderungen wird auf allen Ebenen der wissenschaftlichen Analyse und der Berichterstattung immer deutlicher«, bemerkt Professor Nick King, ein Umweltfuturist und -analyst. »Die Politiker sprechen von winzigen Änderungen und nicht von einer Richtungsänderung um 180 Grad. Sie gehen davon aus, es würde ausreichen, die bisher beobachteten Veränderungen zu bewältigen, anstatt daß sie proaktiv nach



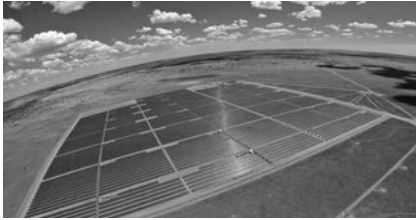
Protest gegen das umstrittene Kohlekraftwerk Thabametsi

alternativen Entwicklungspfad zu suchen, mit denen wir die drohende Katastrophe vermeiden und eine optimale Biosphärenfunktionalität wiederherstellen könnten.« Und weiter: »Gerade in Südafrika, wo wir auf Kohle setzen, wird nur eine dramatische Änderung der Politik eine ausreichend große Änderung des Kurses ermöglichen.«

Ende September forderte UN-Generalsekretär António Guterres

vor dem Weltklimagipfel der Vereinten Nationen, ab 2020 keine neuen Kohlekraftwerke mehr zu bauen. Er plädierte für einen »Übergang von der grauen zur grünen Wirtschaft, der gerecht ist und niemanden zurückläßt«. Dessen-

ungeachtet habe Südafrika noch immer keine Vision und kein Verständnis für die Dringlichkeit der Klimakrise, sagt Greenpeace Africa. »Die Tatsache, daß die Regierung nicht einmal den Anschein erweckt, einen gerechten Übergangsplan zu haben, zeigt, wie ernst der Staat die Transformation zu einer grünen Wirtschaft nimmt – oder auch nicht.« Im März habe Südafrika im Index des Weltwirtschaftsforums zur Vorbereitung auf die Energiewende den vorletzten Platz – 114 von 115 – belegt.



Sonnenenergieerzeugung in der Nördlichen Kapproviz

Wir sehen kein ausreichendes Maß an Dringlichkeit seitens der Regierung, das dem Ausmaß der Klimakrise in Südafrika entspricht«, sagt auch Nicole Loser, eine junge Anwältin am Center for Environmental Rights in Johannesburg. Es gebe eine Reihe von Stolpersteinen, die dazu geführt hätten, daß der Prozeß der Verabschiedung rigoroser Gesetze zum Klimawandel seit über einem Jahr zum Erliegen gekommen sei. So sei ein Gesetzentwurf zum Klimawandel, der im Juni letzten Jahres zur Stellungnahme veröffentlicht wurde, nicht vor-

angekommen. Er bedürfe »wesentlicher Änderungen, um den Klimawandel im Einklang mit der Verfassung ausreichend regulieren zu können«. Der größte Stolperstein, so Loser, sei allerdings, daß »wei-

Abschied von der Kohle- kraft?

terhin widersprüchliche Regierungsentscheidungen getroffen werden, die Klimaschutzbemühungen überflüssig machen.« So sollen neue Kohlekraftwerke, Minen und andere Infrastrukturen für fossile Brennstoffe gebaut werden »zu einer Zeit, in der diese Projekte nicht benötigt werden und die Dringlichkeit, die Abhängigkeit Südafrikas von fossilen Brennstoffen zu verringern, nie offensichtlicher war.«

trotz des klaren Signals von Guterres, daß es nach 2020 keine neuen Kohlekraftwerke mehr geben sollte,

Klimawandel und

Fast 800 Millionen Menschen auf der Welt gelten als arm, d. h. daß sie von weniger als 1,90 US-\$ pro Tag leben. Mehr als 820 Millionen Menschen haben nicht genug zu essen. Drei Viertel der Menschen, die als extrem arm gelten, leben auf dem Land und sind in Bezug auf Einkommen und Ernährung von der Landwirtschaft abhängig.

Der Kampf gegen Armut und Hunger in der Landwirtschaft ist aber aufgrund der Herausforderungen des Klimawandels schwieriger geworden. Denn die Auswirkungen von Dürren und Überschwemmungen auf Infrastruktur und Gesundheit sind am stärksten bei den Armen zu spüren. Der Klimawandel behindert ihre Fähigkeit, Lebensmittel zu erzeugen, und verengt ihren Zugang zu Ressourcen und Grundbedürfnissen. Das bedeutet: Die Beseitigung von Armut, Hunger und Unterernährung sowie die Bekämpfung des Klimawandels müssen gleichzeitig angegangen werden.

Auch Südafrika hat in den letzten Jahren solche Auswirkungen zu spüren bekommen. Zum Beispiel haben sich die Dürreperioden gehäuft – zwischen 2015 und 2017 sind mehrere davon aufgetreten. In diesem Zeitraum waren die durchschnittlichen Niederschlagsmengen im Land konstant niedrig, was einen immensen Druck auf die landwirtschaftlichen Aktivitäten erzeugte. Die Produktion der meisten landwirtschaftlichen Erzeugnisse fiel unter das übliche Niveau, was sich negativ auf die Beschäftigung und die Ernährungssicherheit auswirkte.

So sind zum Beispiel die meisten als arm klassifizierten Menschen auf Mais angewiesen, um ihren Nahrungsbedarf zu decken. In den Jahren 2016 und 2017 jedoch ging die Maisproduktion um mehr als 55% zurück. Zum ersten Mal seit acht Jahren mußte Südafrika Mais importieren. Rund 5,6 Millionen Tonnen wurden zu einem Preis von 9,2 Milliarden Rand importiert. Mehr als 14 Millionen Menschen in Südafrika gelten als extrem arm, und die meisten waren entweder von einem Mangel an Lebensmitteln (insbesondere Mais) oder von hohen Lebensmittelpreisen betroffen.

Die Inflation stieg und stabilisierte sich für den größten Teil des Jahres 2017 auf hohem Niveau. Der Preis für 5 kg Maismehl stieg von 36,39 Rand im Jahr 2015 auf 45,98 R im Jahr 2017, was einer Steigerung von 26% entspricht – mehr als dem Vierfachen der oberen Inflationsgrenze. Die Inflation bei Nahrungsmitteln war höher als die Inflation allgemein, was bedeutet, daß Menschen, deren Ernährungssituation prekär war, von der Dürre stärker betroffen waren.

Armutsbekämpfung

Südafrika bietet durch verschiedene Arten des Schutzes der sozialen Sicherheit bereits jetzt einen Polster für die am stärksten gefährdeten Mitglieder der Gesellschaft, insbesondere für ältere Menschen, Behinderte, Kriegsveteranen oder Pflegekinder. Auf das Ministerium für soziale Entwicklung entfielen mehr als 10% des Staatshaushalts (R 140 Mrd.), und darüber hinaus entfielen etwa 45% (R 63 Mrd.) auf Sozialversicherungsprogramme. Würde die Regierung die durch die Dürre verursachten Nahrungsmittelpreissteigerungen kompensieren, dann müßte das Sozialbudget um etwa 1% aufgestockt werden. Dürren und andere Ereignisse im Zusammenhang mit dem Klimawandel erhöhen die Komplexität der Beseitigung von Armut, Hunger und Unterernährung und müssen daher in die Bemühungen zur Erreichung dieser Ziele einbezogen werden. Voll finanzierte Programme und Strategien müssen umgesetzt werden.

Die Forschung schätzt, daß die Kosten für die Staatskasse, um die extrem arme Bevölkerung bei der Aufrechterhaltung des Lebensstandards vor der Dürre zu unterstützen, mehr als 75 Mio. Rand betragen würden. Diese Schätzung basiert auf den Wohlfahrtsverlusten, die durch Preiserhöhungen entstanden sind. Diese Kosten könnten einmalig rückerstattet werden. Es sind jedoch langfristige Lösungen erforderlich, um die Kapazitäten der Menschen zu stärken, die Infrastruktur für die Verwaltung der Lebensmittelverteilung zu verbessern und die Auswirkungen des Klimawandels zu mildern.

Der einfachste Weg, um den Hunger zu beenden, besteht darin, die Kapazitäten der Menschen so aufzubauen, daß sie sich selbst versorgen können. Dies muß jedoch in einem Kontext geschehen, in dem die Bedeutung und der Wert der Umwelt und der Ressourcen anerkannt werden.

Das heißt, daß Ressourcen wie Land, wassersparende Technologien und Saatgutsorten, die unter trockenen Bedingungen eine bessere Leistung erbringen, den Armen zur Verfügung gestellt werden sollten. Diese Unterstützung sollte diese Gruppen ebenso erreichen, wie es bei den Sozialprogrammen der Fall ist. Solche Bemühungen würden es den Armen ermöglichen, selbstständig zu werden, und würden ihre Fähigkeit, sich selbst mit Lebensmitteln zu versorgen, verbessern.

Mmatlou Kalaba ist Agrarökonom und Dozent an der University of Pretoria, Elizabeth Mkandawire ist Koordinatorin am UN Academic Impact Hub an derselben Universität. Ihren Beitrag entnehmen wir dem Mail&Guardian vom 25. Oktober 2019.

plant die Regierung den Bau von kohlebasierten Stromerzeugern in Thabametsi und Khanyisa, ein industrielles Entwicklungsprojekt in Limpopo mit einem 3300 MW-Kohlekraftwerk. Die beiden anderen in Bau befindlichen Kohlekraftwerke Medupi und Kusile liegen bereits massiv über Budget und Zeit, und eine Reihe neuer Kohlebergwerke und Infrastrukturprojekte wie das Mokolo-Krokodil-Wasseraufbereitungsprojekt und ein Transnet-Eisenbahnprojekt zur Unterstützung der Pläne zur Weiterentwicklung der Kohle im Waterberg sind in Planung.

darüber hinaus würde die Regierung die »astronomischen« Kosten des Klimawandels in Südafrika viel zu wenig berücksichtigen. *»Die Dürren, Überschwemmungen und Brände der letzten Jahre haben Südafrika Milliarden gekostet. Modellprojektionen schätzen aber, daß die Wahrscheinlichkeit einer Zunahme der Häufigkeit und Intensität gegeben ist«,* sagt Loser. *»Unter Berücksichtigung der enormen externen Kosten für den Abbau und die Verbrennung von Kohle für Klima, Gesundheit und Umwelt ist klar, daß die Ausbeutung von Kohle für das Land keinen wirtschaftlichen Nutzen bringt, zumal es billigere und realisierbare Energiealternativen gibt, die nicht so negative Auswirkungen mit sich bringen.«*

Zwar hätten die Ministerien für wirtschaftliche Entwicklung bzw. für Umwelt, Forstwirtschaft und Fischerei einen Planungsprozeß zur Umgestaltung von Sektoren gestartet, in denen durch den Klimawandel wahrscheinlich Arbeitsplätze verlorengehen werden. Dies sei *»ein sehr wichtiger Schritt im Prozeß des gerechten Übergangs«*. Es müsse jedoch noch viel mehr getan werden, um Südafrika ausreichend auf den Übergang zu

Jugend auf den Straßen in Kapstadt, Johannesburg und Windhoek

Hunderte von Jugendlichen marschieren in Kapstadt, Johannesburg und Pretoria, um die Regierung aufzufordern, dringend gegen den Klimawandel vorzugehen. Ein großer Marsch am 14. Juni wurde von der *African Climate Youth Alliance* initiiert und war Teil des weltweiten Jugendklimaprotestes am »Friday for Future«. Unter den lokalen Organisationen waren das *Walter Sisulu Environmental Center* sowie das *Co-operative and Alternative Policy Center* (COPAC). Auch eine *Well Worn Theatre Company* – eine Gruppe, die sich dem Bewußtseinsbildung in Sachen Klimawandel verschrieben hat – trat bei dem Marsch auf.

Die Demonstranten, die meisten von ihnen unter 18 Jahre alt, marschierten mit Plakaten durch die Straßen der Stadt mit Slogans wie: »Hey hey, ho, ho, fossil fuels have got to go!«, »Save our planet« oder »There's no planet B«.

In einem Moratorium, das Regierungsvertretern überreicht wurde, forderten sie, ein Moratorium für neue Abbaukonzessionen für Kohle, Gas und Öl zu verhängen, Südafrika bis 2030 zu hundert Prozent auf erneuerbare Energien umzustellen und einen verpflichtenden Lehrplan zum Klimawandel auszuarbeiten.

Solomon Kutumela vom *Walter Sisulu Environmental Center* lenkte die Aufmerksamkeit auf Schü-

lerinnen und Schüler aus dem Township Mamelodi bei Pretoria. Er sei für sie wichtig, am Marsch teilzunehmen, weil ihr Engagement gegen den Klimawandel dadurch öffentlich sichtbar werde.

So auch der 15-jährige Jeffrey Mashela, ein Schüler von Mamelodi East: »Ich bin heute hier, um zu zeigen, daß die Umwelt für uns sehr wichtig ist. Als Jugendliche sollten



Klimaaktivistin in Windhoek

wir über die nächste Generation nachdenken und Vorkehrungen für ihre Zukunft treffen.« Er forderte die Regierung auf, auf die Stimmen der Jugend zu hören.

Ein anderer Schüler aus Mamelodi, Dzunani Makwakwa, sagte, die Welt werde sich in naher Zukunft ändern, wenn wir den Klimawandel nicht angehen. »Wenn wir Jugendlichen nicht aufstehen, wird es nie zu Veränderungen kommen. Wir müssen sowohl der älteren als auch der nachfolgenden Generation zeigen, daß uns unsere Umwelt am

Herzen liegt.«

COPAC-Geschäftsführerin Jane Cherry zufolge fordert ihre Organisation einen »fundamentalen und gerechten Übergang zu einer grünen Wirtschaft«, der sicherzustellen müsse, daß die Arbeitnehmer im Kohlebergbau später Arbeitsplätze im Bereich nachhaltiger Energie finden können.

»Wir wollen, daß die Arbeiterschaft von diesen nachhaltigen Alternativen profitiert«, so Cherry. COPAC bereite derzeit eine Charta des Volkes für die Klimagerechtigkeit vor, die dem Parlament unterbreitet werden soll. Dazu gebe es Roundtable-Gespräche mit verschiedenen Gruppen, zum Beispiel mit von Dürre betroffenen Gemeinden, mit Studenten- und Jugendorganisationen, Gewerkschaften und Medien.

Auch im protestmäßig eher verschlafenen Windhoek finden seit März regelmäßig »Fridays for Future«-Märsche statt, die von der langjährigen Umweltaktivisten Bertchen Kohrs (EARTHLIFE Namibia) und der Designerin Ina-Maria Shikongo unterstützt werden. Für 29. November (nach Redaktionsschluß) ist eine Kundgebung auf der UN Plaza in Katutura geplant, von wo eine Demonstration über die Independence Avenue zum Umweltministerium bzw. dem Sitz der Premierministerin führen soll.

Seit neun Jahren arbeitet eine steirische Firma mit Partnern im Südlichen Afrika im Bereich thermischer Solarsysteme zusammen. Über das erfolgreiche SOLTRAIN-Projekt berichtet der Geschäftsführer von AEE INTEC in Gleisdorf, Werner Weiss.

Der jährliche Solarertrag aller seit 2009 installierten Anlagen summiert sich auf 3.533 MWh und eine CO₂-Einsparung von 1.222 Tonnen. Dies entspricht dem durchschnittlichen Stromverbrauch von 1400 Haushalten. Die insgesamt installierte Kollektorfläche der 326 Anlagen beträgt 4621 m², was einer installierten Leistung von 3,24 MWth entspricht.

Um die Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit der Solarthermieanlagen sowohl für Nutzer als auch für politische Entscheidungsträger nachzuweisen, wurden 21 der Anlagen mit Meßtechnik ausgestattet, um die Solarerträge zu messen und die Zuverlässigkeit zu dokumentieren.

Die Systeme wurden 12 Monate lang überwacht. Sie weisen spezifische jährliche Solarerträge zwischen 516 und 823 KWh pro Quadratmeter Kollektorfläche auf. Damit konnte der jährliche Warmwasserbedarf der vermessenen Haushalte zwischen 80 und 100% mit Sonnenenergie gedeckt werden. In manchen Fällen war in den Wintermonaten Juni und Juli eine elektrische Nachheizung erforderlich, um die gewünschten Temperaturen zu erreichen. Zu Beginn des Projektes konzentrierte sich die Ausbildung auf die Grundlagen der thermischen Solarenergienutzung und auf Kleinanlagen zur Warmwasserbereitung. Mit dem Fortschreiten des Projektes wurde in speziellen Planungs- und Design-Workshops auf komplexere Anlagenkonfigurationen und Anwendungen fokussiert. Neben solarem Kühlen standen dabei vor allem Anwendungen im Gewerbe- und Industriebereich im Vordergrund.

Im Jahr 2018 wurden im Rahmen des Projekts die beiden größten Solarthermieanlagen in Subsahara-Afrika errichtet und übergeben. Eine dieser beiden Großanlagen ist das erste solare Fernwärmesystem in Südafrika.

In Zimbabwe und Südafrika wurden bisher insgesamt fünf Anlagen im Gewerbe- und Industriebereich errichtet. Eine weitere Anlage in der Größenordnung von 100 – 200 m² Kollektorfläche ist derzeit in Lesotho zum Trocknen von Hagebutten geplant.

teilnehmenden Ländern in den kommenden Jahren leisten. In der Phase 4 des Projekts, die im Juli 2019 begann, werden politische Entscheidungsträger bei der Umsetzung der gesetzten Ziele für ihre Länder unterstützt.

Bisher im Rahmen von SOLTRAIN errichtete solare Prozeßwärmeanlagen

LAND	KOLLEKTORFLÄCHE	LEISTUNG	SOLARERTRAG/JAHR
Permaculture Centre (Permakultur)			
Zimbabwe	8 m ²	5,6 kWth	0,7 MWh
Mzuri Sana Chicken (Hühnerzucht)			
Zimbabwe	32 m ²	22,4 kWth	25 MWh
Chalmar Beef (Schlachthof)			
Südafrika	112 m ²	78 kWth	104 MWh
Cape Brewing Company (Brauerei)			
Südafrika	120 m ²	84 kWth	106 MWh
Klein Karoo Tannery (Gerberei)			
Südafrika	557 m ²	390 kWth	510 MWh

Wie in der Tabelle ersichtlich, kommen die Anlagen für sehr unterschiedliche Anwendungen zum Einsatz. So wurde eine Solaranlage mit 120 m² Kollektorfläche bei der CBC Brauerei (*Cape Brewing Company*) in Suider-Paarl, nördlich von Kapstadt errichtet. Die Solaranlage dient zur Erwärmung des Brauwassers in einem 10.000 Liter fassenden Edelstahltank. Darüber hinaus wird das Warmwasser auch für Reinigungsprozesse genutzt.

Im Verlauf des Projekts wurden »Solarthermische Roadmaps und Umsetzungspläne« in breit angelegten Stakeholder-Prozessen für alle sechs Partnerländer entwickelt. Diese Roadmaps haben nationale Programme zur Nachhaltigkeit und Energieeffizienz berücksichtigt.

Daher könnten die Roadmaps und Umsetzungspläne einen Beitrag zu den spezifischen Arbeitsprogrammen für die umfassende Einführung von Solarthermieanlagen in den

Eines der derzeit vielversprechenden Projekte, das zur raschen Umsetzung der namibischen Solarthermie-Roadmap beiträgt, ist das Projekt *Osona Village*. Auf einer Fläche von 1100 ha in Osona in der Gemeinde Okahandja, etwa 60 km nördlich von Windhoek, sollen in den kommenden Jahren 10.000 Wohnungen, ein Berufsbildungscampus und ein Gewerbegebiet entstehen. Jedes Wohngebäude muß unter anderem mit einer Solaranlage ausgestattet sein. Die Motivation für die obligatorische Installation von Solarthermieanlagen sind die deutlich reduzierten Kosten der Strominfrastruktur. Durch die Installation der Solarwarmwassersysteme soll der Strombedarf der Haushalte um 40 bis 50% gesenkt werden. Um dies in der Realität zu erreichen, müssen langlebige und zuverlässige Systeme installiert werden. Derzeit arbeitet das SOLTRAIN-Projekt an einem umfassenden Qualitätssicherungskonzept.

Bier mit Sonnenkraft gebraut

A black and white portrait of a middle-aged Black man with a shaved head and glasses. He is wearing a dark suit jacket, a white shirt, and a dark tie. He is looking directly at the camera with a neutral expression. The background is slightly out of focus, showing a banner with the text "VOTE is your Voice" and "Electoral Commission Zambia".

Umstrittener Wahlsieg für FRELIMO.

Die vielerwarteten Präsidentschafts-, Parlaments- und Provinzwahlen in Moçambique fanden am 15. Oktober 2019 statt. Laut dem offiziellen Endergebnis, das von der Wahlkommission CNE (*Comissão Nacional de Eleições*) mit nur einer Stimme Mehrheit (jener des Vorsitzenden, welcher von der Regierungspartei nominiert worden war) akzeptiert und bekanntgegeben wurde, brachte es einen rauschenden Sieg für die FRELIMO und ihren Präsidentschaftskandidaten, Amtsinhaber Filipe Nyusi. Dieser konnte 73% der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigen, das waren 1,8 Mio. mehr als bei seinen ersten Wahlen im Jahr 2014. Im Parlament, das 250 Sitze umfaßt, wird die Regierungspartei mit 184 Mandatarinnen und Mandataren vertreten sein, also 40 mehr als bisher.

Umgekehrt sackte die frühere Terrorbewegung und nunmehrige Oppositionspartei Renamo um 29 Sitze auf nunmehr 60 ab. Auch das aus Renamo heraus entstandene *Movimento Democrático de Moçambique* (MDM) schrumpfte von 17 auf 6 Mandate. Die Wahlbeteiligung betrug 51,8% und war somit die höchste seit 1999.

In den Provinzen, deren Rechte durch das im September geschlossene neuerliche Friedensabkommen zwischen FRELIMO und Renamo (INDABA 103/19) gestärkt wurden, gewann FRELIMO alle zehn Gouverneursposten und insgesamt 628 Sitze in den Provinzparlamenten, während Renamo nur auf 156 Mandate kam und MDM auf zehn.

Beobachter und Journalisten berichteten allerdings von großangelegten Irregularitäten. In den Provinzen Gaza und Zambezia lief schon die Registrierung der Wähler/innen



Alter und neuer Präsident Filipe Nyusi

nicht gesetzeskonform ab. So waren in Gaza um 329.000 mehr Wähler/innen im Register erfaßt als die Bevölkerung der Provinz im wahlberechtigten Alter ausmacht («Geisterwähler/innen»). Während des Wahlvorganges selbst stieß man öfter als früher üblich auf präparierte Wahlurnen, in denen sich schon pro-FRELIMO-Stimmzettel befanden. Mehr als dreitausend einheimische Wahlbeobachter/innen erhielten von der CNE keine Zulassung, was ebenfalls gegen das Wahlgesetz verstieß.

Einer Hochrechnung des *Mozambique Political Process Bulletin* zufolge dürften die Machinationen der oppositionellen Renamo fast 500.000 Stimmen sowie fünf Mandate gekostet haben. Dies habe sich durch einen Vergleich der offiziellen Daten mit den Befragungsdaten des *Electoral Institute of Southern Africa* (EISA) ergeben, das auch eine Zweigstelle in Maputo unterhält. Dies bedeutet aber auch, daß FRELIMO die Wahlen auch ohne Fälschung überlegen gewonnen hätte.

Auch die Beobachtungsmission der Europäischen Union äußerte scharfe Kritik am Wahlergebnis und forderte den moçambikanischen Verfassungsgerichtshof dazu auf, das Wahlergebnis zu überprüfen.

Soziale Krise in Zimbabwe vertieft sich.

Einen Monat früher als angekündigt kürzte Zimbabwes Regierung am 25. November die staatlichen Subvention für Mais, was zu einem sofortigen Preissprung von 55 Zim-\$ auf 101,66 Zim-\$ je 10 Kilogramm Maismehl führte. Zum Vergleich: Die schlechtestbezahlten Arbeitskräfte in dem südostafrikanischen Land verdienen im Monat 500 Zim-\$ oder sogar weniger.

Finanzminister Mthuli Ncube rechtfertigte die Kürzung mit dem steigenden staatlichen Budgetdefizit, das er auf 1,5 % des Bruttosozialprodukts halten möchte. Dies würde wesentlich unter den ohnehin sehr engen Maastricht-Kriterien der Europäischen Union liegen. Die sozialen Auswirkungen der Maßnahme sind noch nicht absehbar, werden die bestehende Krise aber ohne Zweifel verschärfen.

Nach einer Schätzung der Vereinten Nationen benötigt Zimbabwe für 2019 Nahrungsmittelhilfe für mindestens sieben Millionen Menschen, das wären ca. 800.000 Importtonnen von Mais. Um dies zu erleichtern, hob die Regierung in Harare zugleich auch die Einfuhrkontrollen für Mais auf. Gleichzeitig erhöhte sie jedoch im Oktober die Gebühr für elektrischen Strom um 320%, und auch die Bezinpreise steigen ständig an. »Viele Menschen in Zimbabwe können sich nicht einmal mehr Maismehl leisten – das ist schockierend, handelt es sich doch um ein Grundnahrungsmittel, das jeder kaufen können sollte. Und selbst ein Arzt, der vielleicht 2.000 Zim-\$ im Monat verdient, wird es sich zwei Mal überlegen müssen, ob er Maismehl kauft oder nicht«, erklärte der Vorsitzende des *Zimbabwe Congress of Trade Unions*, Peter Mutasa, in einem Statement.



Elefantenschutz in Botswana gelockert. In seiner Regierungserklärung am 18. November in Gaborone kündigte Staatspräsident Mokgweetsi Masisi die selektive Vergabe von Jagdquoten für Elefanten an Großwildjäger und den Beginn einer Jagdsaison ab April 2020 an. Bei den Parlamentswahlen hatte zuvor die seit der Unabhängigkeit 1966 regierenden *Botswana Democratic Party* (BDP) 38 der 57 Wahlbezirke gewonnen, und ihr Kandidat Masisi hatte die Mehrheit der Stimmen für die Präsidentschaft auf sich vereinigt. Masisi amtierte bereits seit dem Rücktritt seines umstrittenen Vorgängers Ian Khama (IN-DABA 98/18) seit April 2018 und hatte sich nunmehr erstmals einer Wahl gestellt.

Mit der bereits im Mai angekündigten Aufhebung des Jagdmoratoriums für Elefanten reagiert die Staatsspitze auf eine weitverbreitete Unzufriedenheit der ländlichen Bevölkerung. Mindestens 130.000, anderen Angaben zufolge bis zu 200.000 Elefanten leben derzeit in Botswana – fast ein Drittel aller Elefanten in ganz Afrika (zum Vergleich: 2,2 Mio. Einwohner/innen). Regelmäßig wird von Mensch-Tier-Konflikten berichtet – die Elefanten, die im Land frei herumziehen, vernich-

ten Felder und kleine Siedlungen, und immer wieder fallen Menschen den Dickhäutern zum Opfer. »Die Entscheidung, die Jagd 2014 gänzlich zu verbieten, war falsch«, erkläre dementsprechend Masisi ganz unverblümt. Während Tierschützer vor allem in den Vereinigten Staaten die Maßnahme scharf kritisierten, stößt die Kontrolle der Elefantenpopulationen auf breite Zustimmung in Botswana selbst und trägt vermutlich zur Popularität des Präsidenten bei.

Seetang aus Zanzibar. Jeweils am 8. August feiert Tanzania den *Nane-Nane*-Tag (nane = Swahili für »acht«), um den wichtigen Beitrag der Landwirte und Landwirtinnen zur nationalen tanzanischen Wirtschaft anzuerkennen. Rund um dieses Datum herum finden an verschiedenen Orten einwöchige Landwirtschaftsmessen statt; wie die Zeitung *The Guardian* berichtete auch auf Zanzibar. Anlässlich der Eröffnung der Messe erklärte Zanzibars Präsident Dr. Ali Mohamed Shein, daß bald eine gigantische Seetang-Farm auf der Insel Pemba eröffnet würde, ein staatliches Unternehmen, das mit zwei indonesischen Firmen zusammenarbeiten wird. Die Seetang-Zucht in Zanzibar übersteigt seit längerem die Einnahmen aus der Fischerei und ist daher zu einem wichtigen Wirtschaftssektor geworden.

Seetang wird seit den 1980er Jahren in größerem Ausmaß auf Zanzibar gezüchtet. Die Unternehmen damals scheiterten allerdings mit den einheimischen Seetang-Arten und importieren daher eine Art aus den Philippinen, die doppelt so schnell wächst wie die einheimische. Die sich im Aufbau befindliche neue staatliche Seetang-Farm soll den Seetang dann an die beteiligte indonesische Firma liefern, die die Produkte u. a. nach China,

Vietnam, Korea, Dänemark, Spanien
und Frankreich exportieren wird.

Österreichische Unterstützung für Moçambique. Engagierten Beamten und der Lobbyarbeit der Entwicklungspolitischen Sprecherin der SPÖ, Petra Bayr, ist es zu verdanken, daß die österreichische Regierung ihre ursprünglich magere Hilfe für das hochwasserbetroffene Moçambique doch wesentlich aufgestockt hat.

Mit derzeitigem Stand setzt sich ein dreiteiliges Hilfspaket in Höhe von insgesamt 27 Mio. Euro wie folgt zusammen: 1,75 Mio. kommen als Sofortmaßnahme aus dem Katastrophenhilfsfonds der Bundesregierung, darunter 500.000 Euro für das Amt der Vereinten Nationen zur Koordinierung humanitärer Angelegenheiten. 5,25 Mio. kommen aus Umwidmungen bzw. Anpassungen des laufenden bilateralen EZA-Programms, die sich an den durch die Zyklone veränderten Prioritäten orientieren. Diese Summe setzt sich aus einer Million Euro für das Ministerium für Landwirtschaft und Ernährungssicherheit in Maputo, 650.000 Euro für die Ernährungsorganisation der UNO (Aufstockung eines laufenden Projekts) und 3 Mio. für das *World Food Programme* zur Erhöhung der Ernährungssicherheit insbesondere für Frauen im Distrikt Chemba in Sofala (neues Projekt) zusammen.

Weitere 2,6 Mio. stehen für NGO-Projekte in Sofala im Bereich im Bereich humanitäre Hilfe und nachhaltige Entwicklung zur Verfügung. Darüber hinaus ist Österreich bereit, neue Softloans für dringend benötigte strategische Infrastrukturinvestitionen (z.B. Bezirksspital in Búzi) bis zu einem Gesamtbetrag von maximal 20 Mio. Euro zu finanzieren.



Mehr als nur ein Spiel

Südafrika ist Rugby-Weltmeister

Südafrika hat sich seinen dritten Rugby-WM-Titel gesichert. Die *Springboks* schlugen im Finale der Weltmeisterschaft in Japan am 2. November 2019 die englische Auswahl 32:12. Besonders in den Standardsituationen dominierten die Südafrikaner die Partie. Als neuer Held der Nation gilt Kapitän Siya Kolisi, der erste schwarze Kapitän der Mannschaft. Für viele ist seine Biographie das Idealbeispiel für die Regenbogennation, in der nicht Herkunft oder Hautfarbe zählt, sondern Leistung und Aufstiegswille. Umgekehrt sehen Kritiker gerade den Rugbysport als Beispiel für die Widersprüchlichkeit der südafrikanischen Gesellschaft an.

Faktum ist, daß es der Sport zur Zeit geschafft hat, politische und ökonomische Differenzen zu überwinden und ein kollektives Bewußtsein im positiven Sinn zu erzeugen. Als Francois Pienaar im Ellis-Park-Stadion 1995 gemeinsam mit

Nelson Mandela, der selbst das grüne Trikot der Nationalauswahl angezogen hatte, den goldenen Pokal in die Höhe hielt, wurde dieses Bild zum Symbol der Versöhnung und für den Aufbau eines neuen Südafrikas. Der Hollywoodfilm *Invictus* verschaffte dem Ereignis weltweite Aufmerksamkeit. Kapitän John Smit konnte die Szene bei der WM in Paris zwölf Jahre später mit Präsident Thabo Mbeki wiederholen. Jetzt ist Südafrika zum dritten Mal Weltmeister, mit dem Unterschied, daß das Team von Erfolgstrainer Rassie Erasmus zur Hälfte aus schwarzen Spielern besteht. Somit konnte heuer Präsident Cyril Ramaphosa an der Seite von Siya Kolisi den Titelgewinn bejubeln.

Neben dem sportlichen Erfolg richtete sich schon in der Vorbereitungsphase die Aufmerksamkeit auf die Zusammensetzung des Kaders. Als die *Springboks* vor 24 Jahren in Johannesburg triumphierten, gab es

in der Aufstellung nur einen schwarzen Spieler, Chester Williams. Zum Zeitpunkt des zweiten Sieges bei der Rugby-Weltmeisterschaft 2007 waren es gerade einmal zwei. Die Transformation des in der Zeit der Apartheid rein »weißen Sports« zu einem alle Bevölkerungsgruppen repräsentierenden Sport war ein langer und mühsamer Weg. Da Rugby eine vergleichsweise teure Infrastruktur benötigt, wird nach wie vor der Nachwuchs hauptsächlich in exklusiven Privatschulen herangebildet. Siya Kolisi, der einen Tag vor der offiziellen Aufhebung der Apartheidgesetze im Jahr 1993 in Zwide, einem Vorort von Port Elizabeth in ärmlichen Verhältnissen geboren wurde, hatte Glück. Er wurde mit zwölf Jahren vom Trainer der renommierten *Gray High School* als Talent entdeckt und erhielt ein Vollstipendium.

Auf dem Weg zum Spitzensportler hat der stets bescheidene und ausgleichend wirkende Athlet auch privat sein Glück gefunden. Er hat seine beiden Halbgeschwister adoptiert, eine weiße Frau geheiratet und ist ein liebevoller Vater von zwei Kindern. Die Medien sind sich jedenfalls einig: Die Regenbogennation hätte sich keinen perfekteren Mentor ausdenken können, um Südafrika zu zeigen, wie seine komplizierte Vergangenheit überwunden werden kann.

Bernhard Bouzek



Straßenhändlerinnen, Gewerkschaften und Politik

Viele Mitglieder von ZCIEA, aber auch von StreetNet International insgesamt, sind Frauen. Mit welchen spezifischen Problemen haben sie in der informellen Wirtschaft zu kämpfen?

stehen immer noch vor großen Herausforderungen, und ich habe das Gefühl, daß wir noch einen langen Weg vor uns haben. Wir müssen die Gewerkschaften einbeziehen, die Unternehmer und auch die Regierungen, um die Arbeitnehmer/innen in der informellen Wirtschaft zu unterstützen.

geht von finanzieller Unterstützung bis zu möglicherweise Lobbyarbeit und Interessenvertretung. Als Mitglied von StreetNet International steht einer nationalen Organisation ein breites Netzwerk von gleichgesinnten Vereinigungen zur Verfügung. Das schafft eine Plattform, um eine Massenbewegung zur Stärkung der Händler in der informellen Wirtschaft voranzutreiben. Wir profitieren von den Erfahrungen aus anderen Ländern, und es gibt uns auch eine Stimme im internationalen Raum. Die Anzahl unserer Organisationen und ihrer Mitglieder qualifizieren uns dann, unsere Stimme auch in wichtigen Foren wie dem der Internationalen Arbeitskonferenz zu äußern.

Die Politik muß sich ändern. Sie soll sich mit der informellen Wirtschaft befassen, um sie zu schützen

und um die Tätigkeit der informellen Arbeiter und Arbeiterinnen zu regulieren. Dadurch wird es diesen ermöglicht werden, Ansprüche zum Beispiel auf soziale Leistungen zu erheben. Wenn nämlich die informelle Wirtschaft insgesamt als Verhandlungspartner anerkannt wird, könnten auch die informell Beschäftigten als Arbeitnehmer anerkannt werden, und dann wäre es für sie sehr einfach, eine Stimme zu haben. Hier geht es auch um den Zugang zu sozialem Schutz. Beschäftigte in der informellen Wirtschaft haben keine Gesundheitsversicherung, und wie ich schon sagte, ist die Gesundheitsvorsorge während der Mutterschaft ein besonderes Problem, und es gibt keine Kinderbetreuungseinrichtungen, um nur einige Probleme zu nennen. Natürlich haben sie auch keine Arbeitnehmerrechte, wie sie für die formelle Wirtschaft üblich sind. Wir sehen uns gerade internationale Erfahrungen an betreffend die Umsetzung der Empfehlung 204 der Internationalen Arbeitsorganisation, die informelle Wirtschaft auf eine formelle umzustellen. Unter Formalisierung der informellen Wirtschaft verstehen die Regierungen in erster Linie Besteuerung, aber sie sehen nicht, daß darin auch die Bereitstellung bestimmter Dienstleistungen und bessere Bedingungen für die Beschäftigten der informellen Wirtschaft enthalten sein müssen. Darunter verstehen wir zum Beispiel den Zugang zu Wasser und Toiletten, die Bereitstellung anständiger Räumlichkeiten, in denen man arbeiten kann

und wo die Waren auch über Nacht sicher gelagert werden können. Wenn Frauen sich das Hin- und Hertragen ihrer schweren Lasten jeden Tag in der Früh und am Abend ersparen könnten, würde sich das auch schon positiv auf die Gesundheit von Frauen auswirken. Weiters möchten wir ein vereinfachtes Steuersystem sehen, informelle Arbeiter/innen zahlen ja ständig Steuer, aber oft sehr willkürlich und bürokratisch organisiert. Bei uns in Zimbabwe berücksichtigt die Regierung nur die formelle Wirtschaft,



Lorraine Sibanda

obwohl diese stark geschrumpft ist. Für jede Reform der Politik ist es weiters sehr wichtig, die informell Beschäftigten in irgendeiner Form einzubeziehen, damit sie ihren Beitrag zur Politikformulierung leisten können.

Gibt es dabei schon Erfahrungen?

Ich habe schon Beispiele von »private-public partnership« zwischen der

informellen und der formellen Wirtschaft gesehen, zum Beispiel in Swaziland, wo eine Bank den informellen Händlern Raum für ihre Arbeit zur Verfügung stellt, dort verkaufen sie Früchte und Gemüse, und alles ist ganz nett und ordentlich. Kein Wunder, daß diese Leute dann ihr Konto bei gerade dieser Bank eröffnen, die ihnen einen Unterschlupf gewährt. Das würde ich genauso machen. Solche Beispiele sollten auch den Regierungen zu denken geben, sie sollten private Firmen motivieren, Zelte oder Stände entlang der Straßen aufzustellen und informelle Händlerinnen dort unterzubringen. Sie wissen ja, heutzutage sind Kommunalverwaltungen überall auf der Welt mit Verschönerungsprogrammen ihrer Städte beschäftigt, und um Alternativen für die informellen Händler kümmert sich niemand. Ein besonderes furchtbares Beispiel dafür hatten wir 2005 in Zimbabwe, mit der sogenannten Operation Murambatsvina, wörtlich übersetzt »Säuberung«. So etwas sollte es nie geben! Wenn man mit einem Finger auf die Leute zeigt, die man beschuldigt, die Stadt zu verschmutzen, dann muß man mit den

anderen vier Fingern auf die Regierung zeigen. Was hat denn die Regierung getan, um das Leben dieser Leute zu verbessern? Haben sie irgendeine Infrastruktur aufgebaut, um ihnen Unterkunft zu bieten? Oder gar Häuser? Die Leute migrieren ja vom Land in die Stadt auf der Suche nach besseren Lebensmöglichkeiten. Die Städte wachsen also, und das erfordert einen anderen Ansatz der städti-

schen Planung, einen mehr inklusiven Ansatz. Die Städte sollten sich für die Zuwanderer öffnen, anstatt sie zu schikanieren und wieder dorthin zurückzuschicken, wo sie keine Alternative haben. Ständig reden sie von illegalen Siedlungen. Aber wenn die Wahlen kommen, dann geht es plötzlich um Wähler und Wählerinnen, und die Kandidaten touren durch die Elendsviertel, und von illegal ist plötzlich keine Rede mehr. Bis nach den Wahlen...

Hat Ihre Organisation eine parteipolitische Orientierung?

Nein. Das wäre schwierig, weil unsere Mitglieder aus verschiedenen politischen Parteien kommen. Daher wäre es für uns als Organisation sehr kontrovers, eine bestimmte parteipolitische Zugehörigkeit anzunehmen oder unseren Mitgliedern eine solche aufzuzwingen. Wir sagen klar, daß wir keiner bestimmten Partei zugeneigt sind, sondern alle politischen Parteien für ihre Positionen zur Rechenschaft ziehen. Bei uns werden die Menschen nicht gezwungen, ihre politische Zugehörigkeit preiszugeben. Sie sind informell Beschäftigte, und das ist die ausschlaggebende Qualifikation, bei uns Mitglied zu werden.

Wie ist Ihr Verhältnis zu den Gewerkschaften, die in Zimbabwe ja eine klare politische Agenda haben?

Ja, wir arbeiten mit dem Zimbabwe Congress of Trade Unions zusammen, in mehreren Programmen und Aktivitäten. Der Hauptunterschied zwischen uns und ihnen besteht darin, daß unsere Mitglieder keine permanent Beschäftigten sind und daß es keine



Lorraine Sibanda mit Nina Herzog

klare Abgrenzung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer gibt. Vielfach sind die informell Beschäftigten ja Selbständige, also Arbeitgeber und Arbeitnehmer zugleich, oder sie arbeiten im Familienverband, um das Einkommen für die Familie zu erwirtschaften. Da erhalten sie nicht unbedingt einen Lohn. Aber man könnte sich Möglichkeiten vorstellen, daß die traditionellen Gewerkschaften den Beschäftigten in der informellen Wirtschaft bestimmte Dienstleistungen anbieten, die ihr Leben direkt berühren. Wir stellen täglich fest, daß Mitglieder eine rechtliche Vertretung benötigen oder andere Formen der Solidarität, und hier könnten die Gewerkschaften eine Rolle spielen, hier beginnen wir auch, Beziehungen zu ihnen aufzubauen. Gewerkschaften organisieren natürlich auch im Bereich der informellen Wirtschaft. Ein Arbeitnehmer im formellen Bereich heute kann morgen schon ein Beschäftigter in der informellen Wirtschaft sein.

Wie haben Sie eigentlich begonnen, sich zu engagieren?

Ich bin in einem Zuhause aufgewachsen, das von der informellen Wirtschaft geprägt war. Meine Mutter

war eine Frau mit vielen Talenten. Sie hat früher Blumen gezüchtet, und sie war auch eine bemerkenswerte Köchin. Sie konnte alle Arten von Essen kochen, und weiters war sie auch Schneiderin, sie strickte Trikots und konnte häkeln. Und sie war auch eine informelle Gemüsehändlerin.

Als junges Mädchen, lang bevor wir etwas über Kinderarbeit erfuhren, verkauften ich und meine jungen Geschwister Gemüse. Ich habe schon in einem sehr zarten Alter gelernt, wie man das Retourgeld zählt. In der ersten Klasse konnte mich niemand in Mathematik schlagen, ich wußte sehr gut, wie man addiert und subtrahiert. Rückschauend würde man denken, wenn man unter solchen Umständen aufwächst, ist das eine Situation der Armut und des Leidens.

Aber andererseits schätze ich viele Erfahrungen, die ich damals gemacht habe. Schon in meiner Kindheit habe ich gelernt, unter allen Umständen zu überleben. Mein Vater war übrigens Maurer, er hatte viel Erfahrung und seine Arbeit war gut. Er baute viele Häuser und Gebäude in Bulawayo. Die meiste Zeit hat er auf eigene Rechnung gearbeitet, typisch informell halt.

Die glorreichen Sieben

Die Mulanje-Zeder steht kurz vor ihrer Ausrottung in freier Naturlandschaft. Welche Gegenmaßnahmen zu ihrem Schutz ergriffen wurden und wie die lokale Bevölkerung davon profitieren kann, berichtet Bernhard Bouzek.

In der Presseaussendung zum Abschluß der letzten CITES-Konferenz in Genf fand sich der leicht zu überlesende Hinweis, daß die Mulanje-Zeder in den sog. Anhang II aufgenommen wurde. Hinter dieser nüchternen juristischen Formulierung steckt eine dramatische Geschichte im Spannungsfeld von Ökologie und Ökonomie.

Während bei der 18. Vertragsstaatenkonferenz des Washingtoner Artenschutzübereinkommens (*Convention on International Trade in Endangered Species of Wild Fauna and Flora* CITES), die vom 17. bis 28. August 2019 in Genf stattfand, die volle Aufmerksamkeit der Fachwelt auf die Beschlüsse zu ikonischen Tierarten wie Elefant und Nashorn gerichtet war, wurden auf Antrag Malawis zwei Baumarten in recht unspektakulärer Weise unter erhöhten Schutz gestellt. CITES reguliert den internationalen Handel von mehr als 35.000 Tier- und Pflanzenarten und stellt mit einem Lizenzsystem sicher, daß ein legaler, nachvollziehbarer und nachhaltiger Transfer erfolgt. Mit der jetzt erfolgten Listung der Mulanje-Zeder im Anhang II des CITES-Abkommens ist ein kom-

merzieller Handel nur nach einer Unbedenklichkeitsprüfung des Ausfuhrstaates möglich. Somit ist der Export genehmigungspflichtig. Weiters ist zu prüfen, ob der Handel den Fortbestand der Art gefährdet. Die zu-



Mulanje-Zedern: »Nationalbäume« Malawis

ständige Behörde muß ein Monitoring durchführen und Maßnahmen setzen, die eine nachhaltige Nutzung ermöglichen. Die Mulanje-Zeder befindet sich auch auf der »Roten Liste der gefährdeten Arten« der *International Union for Conservation of Nature (IUCN)* und wird dort seit dem Jahr 2011 als »vom Aussterben bedroht« geführt.

Das Mulanje Massiv ist ein sogenannter Inselberg, er besteht aus

Granit und ragt isoliert als höchster Berg Südostafrikas bis zu einer Höhe von 3.000 Metern auf. Auf ihm gedeiht in einer Höhenlage zwischen 1.830 und 2.550 Metern in einem kühlen, tropischen Mikroklima die Mulanje-Zeder (lat. *Widdringtonia whytei*). Bei ihr handelt es sich um eine endemische Art, d.h., sie kommt natürlich nur auf diesem Berg in Malawi vor.

Die Konifere wurde deshalb 1984 zum »Nationalbaum« Malawis erklärt. Es gibt vier Arten der Gattung *Widdringtonia*, die alle im Südlichen Afrika vorkommen. Trotz des gebräuchlichen Namens »Mulanje-Zeder« gehört *Widdringtonia* zur Familie der Zypressen. Ihr Holz ist hochwertig, besonders lang-

lebig, termitensicher und wird für Bau- und Holzschnitzarbeiten verwendet. So sind beispielsweise viele repräsentative Gebäude des Landes mit diesem Holz dekoriert, aber auch Fischerboote am Malawisee sind daraus gefertigt. Die Mulanje-Zeder ist eine wichtige Einnahmequelle für die örtlichen Gemeinden, wird jedoch derzeit nicht nachhaltig genutzt.

Raubbau an natürlichen Ressourcen

Die Geschichte des rücksichtslosen Raubbaus an der Natur ist indes eine lange. Im Jahr 1893 registrierte Leutnant Sclater von der britischen Armee einen »herrlichen Zedernwald« mit einem Baldachin von 40 Metern Höhe. Zwei Jahre später begann die britische Kolonialverwaltung mit der kommerziellen Nutzung dieser Nadelbaumart. In den folgenden Jahrzehnten wurden die Berghänge sukzessive entwaldet. Eine erste Bestandsaufnahme durch den *Mulanje Mountain Conservation Trust* im Jahr 1994 ergab noch eine Fläche von 845,3 Hektar, doch als Dr. Tembo Chanyenga vom *Forest Research Institute of Malawi* im Jahr 2013 eine Feldforschung am Berg unternahm, konnte er nur noch sieben ausgewachsene, regenerationsfähige Bäume feststellen. Der Rest war entweder durch Brände abgestorben oder längst illegal geschlägert worden.

Laut Aussagen des Forstexperten ist zusätzlich die lange natürliche Regenerationszeit des Zedernwaldes relevant. Da die Bäume eine geschlossene Decke bilden, durch die kaum Sonnenlicht dringt, können keine Jungbäume keimen. Nur ein natürliches Buschfeuer im Intervall von 100 bis 200 Jahren würde den alten Baumbestand vernichten, die Samen keimen und so eine neue Generation von Zedern entstehen lassen. Doch durch die menschliche Übernutzung des Waldes ist dieser Rhythmus natürlich obsolet. Faktum ist auch, daß korrupte Behörden dem illegalen Raubbau nicht nur tatenlos zugesehen, sondern auch daran kräf-



Zedern-Baumschule in Malawi

tig verdient haben. Immerhin werden für den Kubikmeter Zedernholz USD 4.000 bezahlt. Die verarmte Bevölkerung, die am Fuße des Berges lebt, hat sich zwar lange am illegalen Holzeinschlag beteiligt, die Profite wurden aber von anderen gemacht. Die Arbeiter, die die behauenen Stämme am Kopf balancierend ins Tal transportieren, verdienen gerade einmal EUR 0,75 am Tag.

Bereits 2014 wurde ein fünfjähriges Moratorium für das Fällen von Zedern durch das malawische Forstministerium verhängt. Doch zur Umsetzung fehlten dem chronisch unterdotierten Ministerium die Finanzmittel.

Erst als sich IUCN mit dem *Save our Species-Projekt* bzw. die britische NGO *Global Trees Campaign* in Malawi engagierten, kam ab Juni 2016 ein Entwicklungsschub zustande. Mittlerweile wur-

den zehn von lokalen Communities betriebene Baumschulen eingerichtet, auf denen 150 Menschen arbeiten und ein regelmäßiges Einkommen beziehen können. Aus Samen von Mulanje-Zedern, die vor hundert Jahren

auf dem 80 Kilometer entfernten Zomba-Plateau gepflanzt wurden, gelang es schon im ersten Jahr, rund 300.000 Setzlinge zu ziehen. Insgesamt sieht der Aufforstungsplan vor, 1,2 Mio. Jungbäume an den Hängen des Mulanje zu pflanzen.

Ein besonderes Anliegen des Projektes ist es, die lokale Bevölkerung mit einzubeziehen, ihr neue, alternative Einkommensmöglichkeiten zu bieten bzw. die Vorteile einer nachhaltigen Waldnutzung zu

vermitteln. Murenabgänge aufgrund der entwaldeten Berghänge und eine Veränderung des Mikroklimas hatten in den letzten Jahren nachteilige Auswirkungen auf die Subsistenzfarmer der Region. Um die Botschaft unter die Leute zu bringen, wurde neben Informationsveranstaltungen an Schulen auch ein bemerkenswertes Theaterprojekt umgesetzt. Eine Dramagruppe, die sich ausschließlich aus fünfzehn ehemaligen Gefangenen zusammensetzte, bestieg das Hochplateau, um mit Todholzstämmen zurückzukehren und in den Dörfern ein neues Bewußtsein durch ein Schauspiel zu erzeugen. »Ich hörte immer nur Berichte von Leuten, die mir erzählten, daß der Berg voller Bäume, immergrün und schön sei«, berichtete Chimwemwe Foster, der in der Produktion einen Holzfäller spielt. »Stattdessen fanden wir eine unfruchtbare Wiese ohne wild lebende Tiere vor.«

Bei den Aufführungen stellte auch die Interaktion mit dem Publikum eine große Herausforderung dar. Die Schauspieler trafen auf die schlecht bezahlten Männer aus der Forstverwaltung, die eigentlich den gesamten Berg überwachen hätten sollen, sowie auf illegale Holzfäller, die versucht

Theater der Unterdrückten

hatten, ihren Lebensunterhalt in einer Region mit knappen Arbeitsplätzen zu bestreiten, und sich nun anderen Bäumen zuwendeten, da die Zedern bereits verschwunden waren. Das Stück fokussierte die Geschichte des Zedernsterbens anhand eines armen Volkes, das wilderte, um über die Runden zu kommen, baute die Rolle der Kolonialverwaltung in die Handlung ein, ließ malawische Beamte auftreten, die dafür bezahlt wurden, wegzuschauen und Politiker, die den Weg für illegale Verladung von Zedernholz ins Ausland freimachten. Nach der Methode des politisch engagierten »Theaters der Unterdrückten« wurden die Aufführungen regelmäßig unterbrochen, damit die Zuschauer kommentieren konnten, was sie auf der Bühne sahen: Wen sie wiedererkannten oder wie die Charaktere die unterschiedlichen Aktionen ausführten.

Eindrucksvoll war bei den Theateraufführungen stets der Auftritt der Männer mit ihren geschulterten Baumstämmen, die wie die »Glorreichen Sieben« aus dem gleichnamigen Western-Film zur Rettung der Dorfbewohner antreten. Im Hollywoodstreifen aus 1960 überleben zumindest drei Männer den selbstlosen Einsatz. Malawi blieb dieses kleine Happy End versagt. Bei der CITES-Konferenz in Genf mußte die malawische Delegation bekanntgeben, daß bei der Begehung des Mulanje im Jahr 2018 keine einzige stehende, reproduktionsfähige Zeder mehr feststellbar war. Doch neue Hoffnung für ein Comeback der Mulanje-Zeder keimt gerade auf. Auch wenn es noch vierzig Jahre dauern wird, bis der Wald in seiner vollen Pracht wiedererstanden sein wird.

Aktuelle Debatte in Namibia:

Benimmregeln für Soziale Medien?

Soll man ein Gesetz für moralische Werte einführen und Soziale Medien regulieren? In Namibia steht derzeit auch der Umgang auf Sozialen Medien im Fokus der politischen Debatte – nicht zufällig gerade im Wahlkampf. Christa Hager verfolgt ihren Verlauf.

Wie »The Namibian« im Juli berichtete, reichte Evelyn Nwases-Taeye, parlamentarische Geschäftsführerin der SWAPO, in der Nationalversammlung einen Antrag für ein Gesetz zur Regulierung der sozialen Medien ein. Denn in Namibia seien ihr zufolge Anstand, Patriotismus und Moral in Gefahr. Auch wenn sich Soziale Plattformen als nützlich für die Gesellschaft erwiesen, so würden einige Menschen sie mißbrauchen, um »andere zu beschimpfen, zu verleumden und zu beleidigen«, sagte sie. Junge Menschen würden auf den Plattformen Propaganda verbreiten und Politiker beleidigen.

Informationsminister Stanley Simataa zeigte sich, dem Zeitungbericht zufolge, einer Regulierung sozialer Medien nicht abgeneigt. Er gab aber zu bedenken, daß die Regierung kein Gesetz erlassen könnte, das den Menschen moralische Werte lehre und bringe, wie man sich auf Online-Plattformen zu verhalten habe, betont er. Außerdem seien soziale Medien »nicht

unbedingt das Problem« dafür, daß moralischen Werte sinken. »Moralische Werte entstehen in unseren Häusern und werden dort geformt«. Der soziale Zusammenhalt sei vielmehr durch zunehmende Ungleichheit im Land oder ethnische Spaltungen bedroht. Der Minister fügte außerdem hinzu, daß sich die Einführung von Gesetzen zur Regulierung sozialer Medien nur auf »angemessene Konsequenzen für diejenigen, die gegen Regeln verstoßen« beschränken sollte. Die Rechte anständiger Nutzer dürften nicht eingeschränkt werden, betont Simataa weiter.

Minen- und Energieminister Tom Alweendo unterstützt laut »The Namibian« den Informationsminister. Auch er betont demnach, daß soziale Medien nicht das Problem oder die Ursache für die Degeneration der Moral seien. »Die Idee ist sicherlich eine Prüfung wert. Ich glaube jedoch nicht, daß eine Regulierung eine wirksame Lösung ist, außer in Fällen von Hate Speech oder Gewalt.« Alweendo fügt hinzu, daß junge Menschen Politiker

Medien-bashing?

auf sozialen Medien deshalb attackieren würden, weil sie sich entfremdet fühlen.

Auch Innenminister Frans Kapofi kritisierte in dem Zeitungsbericht den Mißbrauch sozialer Medien. Trotz der gegenwärtigen sozioökonomischen Herausforderungen im Land sollten junge Menschen soziale Medien nicht nutzen, um die Gesellschaft zu zerstören, sagt er. *»Wir haben in diesem Jahr Wahlen. Wir haben eine schwere Dürre erlebt. Wir befinden uns in einer wirtschaftlichen Rezession. Wir müssen uns gegen destruktive Laster schützen und Namibia weiter aufbauen und vereinen. Wir werden nicht zulassen, daß Namibia vom Tribalismus zersplittert wird.«*

Der damalige Justizminister Sacky Shanghala (mittlerweile wegen Korruptionsvorwürfen zurückgetreten und vor Gericht, Anm. d. Red.) wiederum meinte, die Devise »One Namibia –

One Nation« sollte nicht bloß als Mittel für Politiker angesehen werden, sondern als Aufruf zur Einheit. Indem man die Nutzung sozialer Medien kritisiert, bedeutete dies nicht, daß Personen des öffentlichen Lebens vor *»Kritik oder den harten Realitäten, denen sich viele unserer Bürger ausgesetzt sehen«* zurückweichen sollten. *»Die Rechenschaftspflicht bleibt ein Eckpfeiler der verantwortungsvollen Staatsführung. Wir müssen sicher-*

stellen, daß jeder Bürger als Teil des Kollektiv einen positiven Beitrag zum sozialen Zusammenhalt leistet, auch und vielleicht besonders in Macht- und Einflußpositionen, anstatt die soziale Erosion zu fördern«, betont Shanghala laut »The Namibian«.

Kritik am Vorhaben kam unter anderem von Frederico Links, Journalist und Obmann der Organisation »Access to Information Namibia«. Laut »The Namibian« hält er nichts von dem

Versuch der SWAPO, soziale Medien zu regulieren. Dies zeige, daß die Regierungspartei ein Problem mit der Jugend habe, die sich gegen Korruption ausspricht, meinte er. *»Nur weil man etwas, das jemand anderer gesagt hat, abscheulich findet, heißt das nicht, daß diese Aussagen unmoralisch sind.«*

Gwen Lister wiederum, Vorsitzende des Namibia Media Trust für Meinungsfreiheit, sagt dem Bericht zufolge, soziale Medien könnten nicht für Namibias »Mangel an Moral« oder mangelnden sozialen Zusammenhalt verantwortlich gemacht werden. *»Die Probleme erfordern weitaus tiefere Lösungen als den Versuch, diese Stimmen zum Schweigen zu bringen«,* fügte sie hinzu.

Christa Hager ist Historikerin und Redakteurin bei der Wiener Zeitung, sie lebt und arbeitet in Steyr und Wien. Ihr Beitrag über Digitalisierung in Namibia in INDABA 102/19 wurde von der Zeitschrift der Deutsch-Namibischen Gesellschaft nachgedruckt – wir gratulieren!

Haßreden von SWAPO-Seite

Während sich SWAPO-Konservative über die Moral in Sozialen Medien den Kopf zerbrechen, war die Rhethorik mancher Parteivertreter/innen im Wahlkampf auch nicht gerade schwach. Aufregung verursachte v. a. eine Äußerung der SWAPO-Generalsekretärin, Sophia Shaningwa, bei einer Kundgebung am 1. November in Mariental, bei der sie Parteimitglieder aufforderte, ein »Insekt« zu vernichten: *»Schlage das Insekt zusammen, du mußt es zusammenschlagen und auf den Kopf hämmern. Es hat SWAPO dort berührt, wo es nicht berührt werden soll. Geht hinaus und schlagt das*

Insekt zusammen, und macht keinen Fehler. A lula!« Obwohl sie das »Insekt« nicht definierte, ergab sich aus dem Kontext der Rede, daß damit der unabhängige Präsidentschaftskandidat Panduleni Itula gemeint war.

Shaningwa sprach bei der betreffenden Passage in Oshiwambo, obwohl sie die Rede selbst in Englisch hielt. Auf Medienanfragen erklärte sie, sie habe niemanden als Insekt bezeichnet und auch nicht die Absicht, jemanden oder eine politische Partei zu Gewalttätigkeit anzuregen. Mit »Insekt« habe sie die Stimmzettel gemeint – *»die Leute sollten rausgehen und weise abstimmen.«*

Shaningwas Aussage wurde vom Vorsitzenden der Action Coalition Namibia, Frederico Links, scharf verurteilt, der bei einer Pressekonferenz davor warnte, solche Formulierungen könnten Gewalt auslösen und erinnerten an die Sprache, mit der 1994 Völkermord in Rwanda ausgelöst wurde. Links forderte alle politischen Parteien und Akteure auf, sich nicht an Negativkampagnen zu beteiligen, die die Erstellung und Verbreitung von Fehlinformationen beinhalten. Action Coalition forderte weiters alle politischen Parteien und Kandidaten auf, den Verhaltenskodex der Electoral Commission of Namibia zu respektieren.

Robert Mugabe:

Matabeleland-Massaker und »Landreform«

Peter Kuthan hat in INDABA 103/19 eine kritisch abwägende, jede Beschönigung vermeidende Bilanz des Wirkens von Robert Mugabe gezogen. Lediglich an zwei Punkten scheint mir eine Ergänzung beziehungsweise eine Kritik angebracht. Von Kurt Greussing (Dornbirn).

Es ist gut, daß Peter Kuthan als eine von Mugabes politischen Monstrositäten die Massaker der 1980er Jahre in Matabeleland erwähnt. Es ging um die Vernichtung der ZAPU (*Zimbabwe African People's Union*) von Joshua Nkomo durch die Verfolgung sogenannter »Dissidenten« – einer Gruppe von maximal 800 Bewaffneten, die Überfälle auf Regierungsbeamte und Zivilisten begingen, wofür Mugabe und seine Leute dann die Partei seines Rivalen Nkomo verantwortlich machten. Joshua Nkomo hatte seine Gefolgschaft hauptsächlich in der Volksgruppe der Ndebele in den Midlands und in Matabeleland. Man kann diese Verfolgungen zwar nicht als Genozid, wohl aber als »Politozid« bezeichnen.

Dabei stimmt es nicht ganz, daß dieses düstere Kapitel »nach wie vor seiner Aufarbeitung harrt«, wie Kuthan meint. Denn im Februar 1997, also rund zehn Jahre nach dem Ende der Matabeleland-Massaker, erschien in Harare der 260 Seiten (A4) umfassende Bericht der *Catholic Commis-*

sion for Justice and Peace in Zimbabwe. Er bietet ein methodisch solides, auf der Auswertung von Zeitungsberichterstattung und zahlreichen Interviews mit Betroffenen beruhendes umfassendes Bild nicht nur der zivilen Todesopfer, die der Einsatz der außerhalb des Militärs positionierten und von nordkoreanischen Instrukteuren gedrillten Fünften Brigade forderte. Sondern er gibt vor allem auch einen schockierenden Einblick in das Leiden jener, die zu Tausenden zu Knochenbrüchen geprügelt, vergewaltigt oder bei Verhören, etwa im berühmten Anhaltelager *Bhelagwe*, gefoltert wurden.

Ich selbst bin auf die Matabeleland-Massaker durch Peter Godwins Buch »Mukiwa. A White Boy in Africa« (1996) aufmerksam gemacht worden. Der Autor, ein in Rhodesien bzw. Zimbabwe geborener und aufgewachsener Weißer, gehörte zu jenen wenigen, die die Vorgänge in Matabeleland und den Midlands – in Godwins Fall durch Reportagen in der *Sunday Times* – an die Öffentlichkeit brachten. Godwin

hat dem Thema, das sowohl von der internationalen Diplomatie als auch von der antiimperialistischen Szene nach Kräften beschwiegen wurde, in seiner zitierten Publikation und noch einmal in seinem Buch »The Fear« (2010) Raum gegeben. Vor allem ihm und der erwähnten Catholic Commission ist es zu verdanken, daß diese schweren und brutalen Menschenrechtsverletzungen, die bei einer Zweimillionen-Bevölkerung rund 20.000 zivile Todesopfer forderten, nicht der Vergessenheit anheimfallen.

ausgiebiger als die Matabeleland-Massaker dokumentiert ist die im Jahr 2000 angelaufene sogenannte Landreform durch Mugabes Enteignung der rund 6800 von 4500 Weißen besessenen Farmen. Mugabe griff zu dieser Maßnahme als Reaktion auf ein verlorenes verfassungsänderndes Referendum und das Erstarken der Oppositionsbewegung MDC (*Movement for Democratic Change*). Ob diese Reform, wie Kuthan meint, »überhastet« war, sie aber Mugabe

»im eigenen Land und über die Grenzen hinaus hoch angerechnet« wurde, darf bezweifelt werden. Sicher werden sich »Antiimperialisten« gefunden haben, die die Enteignung der Weißen begrüßten – ohne dabei jedoch auch nur im Entferntesten die Folgen für die schwarze Farmarbeiter/innen/schaft zu bedenken. Denn die große Mehrzahl der 350.000 permanenten schwarzen Farmarbeiter/innen und weiterer 270.000

Saisonarbeiter/innen mit mindestens 1,5 Millionen Angehörigen verloren ihren Lebensunterhalt. Über eine halbe Million dieser Farmarbeiter/innen samt Angehörigen dürfte in den ersten zehn Jahren dieser Reform zugrunde gegangen sein.

Dies alles hängt mit einem simplistischen Verständnis der Voraussetzungen und Auswirkungen einer Landreform zusammen, indem eine solche Reform lediglich als Verteilung von Großbesitz an Landlose begriffen wird. Es entspricht einer »linken« entwicklungstheoretischen Vorliebe für bäuerliche Subsistenzwirtschaft. Lieber sehen es solche Freunde der Entwicklungshilfe, wenn ein Esel den Pflug über den kargen Boden zieht, als wenn ein Traktor einem kommerziellen Mittelbauern zur Verfügung steht, der Landarbeiter/innen beschäftigt und ihnen eine Erwerbsquelle bietet. Doch die Orientierung auf Subsistenzwirtschaft ist ein Rezept fürs Herumlaufen mit der Bettelschale, sobald das Wetter oder eine Insektenplage einmal dem Anbau zusetzt.

Stattdessen ginge es um die Erzielung eines landwirtschaftlichen Überschusses durch entsprechende



Straßenhandel als Ergänzung zur Subsistenzwirtschaft

Spezialisierung und Produktivität, der in den Städten gegen gewerbliche Güter getauscht werden kann. Nur durch die Herstellung eines solchen verwertbaren Mehrprodukts kommt ein ländlich-städtischer Wirtschaftskreislauf in die Gänge, mit der Aussicht auf ein wachsendes volkswirtschaftliches Gesamtprodukt. Wie Joseph Hanlon in einer Untersuchung zu Moçambique gezeigt hat, können es Subsistenzbauern klugerweise vorziehen, als *Contract Farmer* oder als Landarbeiter/innen auf einer größeren Farm ein stabiles Einkommen zu erzielen, statt sich den Unwägbarkeiten und Mühen der Subsistenzwirtschaft auszuliefern.

Die »Landreform« Zimbabwes durch die Vertreibung der weißen Farmer/innen hatte keinerlei ökonomische Zielsetzung, nicht einmal im Sinne der Herstellung einer Schicht produktiver schwarzer Kleinbauern. Es ging lediglich um die Bedienung von Gefolgsleuten der Staatspartei ZANU-PF (*Zimbabwe African National Union – Patriotic Front*) und des politischen Umfelds von Robert Mugabe. Der riß sich selbst sechs Farmen unter den Nagel. Die Gefolgsleute aus den hö-

heren Rängen von Politik und Verwaltung wurden Farmbesitzer, wobei die wirklichen oder neu rekrutierten »Veteranen« des Befreiungskriegs, die als Stoßtrupps der Farmbesetzungen agierten, in einzelnen Fällen selbst wiederum vertrieben wurden. Da die Neufarmer keinerlei Erfahrung mit moderner Agrarbewirtschaftung hatten, war ein Sturz der landwirtschaftlichen Produktivität die keineswegs überraschende Folge. Die Farmen dienten als Wochenend- und Feriendomizile der postkolonialen Usurpatoren der Staatsmacht.

Die eigentlich Leidtragenden waren, neben jenen weißen Farmern, die ihr Eigentum redlich und vom Staat gebilligt nach der Unabhängigkeit erworben und durch harte Arbeit produktiv gemacht hatten, die schwarzen Farmarbeiter/innen und deren Familien. Sie verloren von einem Tag auf den anderen ihr Einkommen. Da viele von ihnen oder ihre Vorfahren aus Zambia, Malawi oder Moçambique stammten, waren sie auch politisch rechtlos. Neben den rund 4.500 vertriebenen Weißen (plus Familienangehörigen) machten sie rund zwei Millionen Menschen aus. Sie wurden sie gänzlich marginalisiert – das heißt: zu Bettlern und Rechtlosen gemacht. Von ihnen ist kaum jemals die Rede, wenn Mugabes »Landreform« bewertet wird. Sie werden jedenfalls nicht zu jenen zählen, die diese Reform dem Despoten Mugabe »hoch angerechnet« haben ...

Kurt Greussing ist Vorarlberger Sozialwissenschaftler und SADOCC-Mitglied. 1993–2003 war er für Entwicklungsprojekte im südlichen Afrika zuständig, unter anderem 2001–2003 als Regionaldirektor von OXFAM GB.



Das afrikanische Laufwunder

Von Adalbert Krims

In Wien wurde am 12. Oktober 2019 »Sportgeschichte geschrieben« (so lauteten zahlreiche Schlagzeilen). Aber gefeiert wurde auch in Afrika, vor allem in Kenya. Eliud Kipchoge ist als erster Mensch die Marathonstrecke (42,195 km) in weniger als 2 Stunden gelaufen (genau: 1:59,40). Zwar war es kein offizieller Weltrekord (den hält übrigens auch Kipchoge mit 2:01,39, aufgestellt in Berlin 2018), weil es sich um keinen Wettkampf handelte. Aber es wurde eine »Schallmauer durchbrochen«. Der »INEOS 1:59 Challenge«, wie sich der Lauf im Wiener Prater nach dem Hauptsponsor INEOS nannte (einem britischen Chemiekonzern, der u. a. mit Sportsponsoring sein durch Plastikproduktion und Fracking angeschlagenes Image aufpolieren will), war quasi ein »Weltrekordversuch in der Retorte«, bei dem nichts dem Zufall überlassen wurde. Schon die Auswahl von Wien sowie der konkreten Rennstrecke erfolgte nach genauen wissenschaftlichen Analysen – und die Prater Hauptallee wurde sogar auf Kosten des Sponsors teilweise neu asphaltiert. Beim Lauf selbst wurde Kipchoge nicht nur (abwechselnd) von 41 »Tempomachern« (meist international erfolgreiche Langstreckenläufer), sondern auch von einem Elektroauto begleitet, das das Tempo vorgab und den Wind schluckte. Im Mai 2017 hatte Kipchoge bei einem vom Sportartikelhersteller NIKE gesponserten ähnlichen Versuch die 2-Stunden-Marke um 25 Sekunden verfehlt. Damals ließ sich NIKE den Event 30 Millionen Euro kosten. Da diesmal die Vorbereitung und Durchführung noch perfekter organisiert wurde, dürften die Kosten für INEOS noch um einiges höher gewesen sein. Und diesmal klappte es!

Auch wenn die Umstände und die Inszenierung dieses »Marathonrekords« seltsam anmuten, schmälert das nicht die Leistung des 35jährigen Kenyaners. Kipchoge ist als jüngstes von vier Kindern einer alleinerziehenden Mutter in einem Dorf im Nandi District im Westen des Landes aufgewachsen, wo er täglich 3,2 Kilometer zur Schule und wieder nach Hause laufen mußte. Im Alter von 16 Jahren lernte er seinen Trainer kennen. Eigentlich wollte er ja Personalmanagement

studieren. Da seiner Familie das Geld für ein Studium fehlte, entschied er sich für das Laufen. Er kam in das Trainingscamp nahe von Eldoret im Rift Valley in 2300 Meter Höhe, wo inzwischen insgesamt 3.000 Läufer leben. Von guten Laufleistungen kann man in Kenya leben und damit sozial aufsteigen. Drei Viertel der kenyanischen Spitzenläufer stammen aus dem Gebiet um Eldoret im Westen des Landes, wo auch klimatisch mit rund 20 Grad im ganzen Jahr ideale Trainingsbedingungen herrschen. Das »kenyanische Laufwunder« wurde international viel erforscht, ohne daß es eine eindeutige Erklärung gibt: Neben den klimatischen Bedingungen und der aufgrund der Höhenlage sauerstoffarmen Luft werden immer wieder auch genetische Faktoren genannt, vor allem aber die Motivation des sozialen Aufstiegs. Eine Untersuchung der Universität Bayreuth identifizierte 2009 als maßgeblichen Faktor das Zusammenspiel aus Ernährung, Körperbau und Lebensstil: Weitgehend fleischlose und fettreduzierte Ernährung, kein Alkohol und wenig Süßspeisen sorgen für geringes Körpergewicht und einem besseren Last-Kraft-Verhältnis. Übrigens gibt es in Äthiopien in der Nähe von Addis Abeba ein Trainingscamp mit ähnlichen Bedingungen wie in Eldoret. Und es ist sicher kein Zufall, daß sich auf der Weltrangliste im Marathon auf den ersten 30 Plätzen ausschließlich Läufer aus Kenya und Äthiopien befinden – und auf den ersten 50 Rängen 48.

Der Langstreckenlauf ist in Kenya (und Äthiopien) tatsächlich für ein paar hundert – oder ein paar tausend – (vorwiegend männliche) Jugendliche ein Ausweg aus der Armut – und für ein paar Dutzend sogar eine Chance auf Reichtum. Und die Erfolge von Kipchoge & Co. haben inzwischen auch Läufer aus der ganzen Welt angezogen, die in den beiden Zentren trainieren und damit auch Geld ins Land bringen. Dennoch ist das nur eine Nische und kein tatsächliches »Entwicklungsmodell«. Und da braucht man noch gar nicht daran denken, wie viele Schulen oder Sozialeinrichtungen in Kenya allein mit den Kosten des Wiener Weltrekordversuchs gebaut werden könnten ...

anerkannt. Viele Afrikaner, einschließlich des Autors dieser Zeilen, sehen in ihm das Beste, was auf diesem Gebiet in den letzten 100 Jahren passiert ist. Afrikanische Museumsdirektoren und Intellektuelle haben den Bericht und seine Empfehlungen zur Rückgabe begrüßt. Westliche Museumsdirektoren freilich äußerten sich erwartungsgemäß weniger enthusiastisch, wenn nicht sogar ablehnend. Kunsthändler sind von den Vorschlägen schockiert, sie sehen ihren Handel und ihre Gewinne in Gefahr.

Schon bevor der Bericht offiziell an Präsident Macron übermittelt und veröffentlicht wurde, wurde gegen ihn polemisiert. Viele Kritiker haben den Bericht nicht gelesen oder seine Aufgabenstellung falsch verstanden. Viele übersahen, daß Felwine Sarr und Bénédicte Savoy in ihrer Kommission eine große Anzahl von Wissenschaftler/innen, Expert/inn/en und Museumsbeamten versammelt hatten, die im Bericht ausdrücklich genannt werden. Der Versuch, den Bericht als die Arbeit zweier »radikaler« Gelehrter zu präsentieren, die nur ihre persönlichen Ansichten ohne jegliche Konsultation zum Ausdruck bringen würden, ist daher völlig falsch.

Daß der Sarr-Savoy-Bericht eine große Wirkung ausübte, kann aber selbst von den größten Kritikern nicht in Abrede gestellt werden. Bénédicte Savoy und Felwine Sarr wurden kürzlich in einer Liste der 100 einflußreichsten Personen der Kunstwelt auf Nummer sechs gereiht. Mehr Ehrungen sind zu erwarten, wenn die afrikanischen Regierungen aufwachen und die volle Dimension ihrer Beiträge realisieren. Die Öffentlichkeit würde dann die enge Verbindung zwischen Kolonialismus und Restitution erkennen, selbst der Friedensnobelpreis scheint nicht allzu weit zu sein. Viele Institutionen, darunter auch wohlhabende Stiftungen, sind bereit, afrikanische Bemühungen in diesem Bereich zu unterstützen. Auf der anderen Seite sind die illegalen Besitzer von afrikanischen Artefakten, viele Direktoren westlicher Museen sowie Händler mit geplünderten Artefakten beunruhigt.

Eine bemerkenswerte Kritik der Museen, die gegen eine Restitution eingestellt sind, weist darauf hin, Frankreich habe seit der Veröffentlichung des Berichts im Jahr 2018 nicht viel getan. Die Ironie dabei ist, daß selbst

diese Kritiker nicht leugnen können, daß es in den meisten Ländern intensive Debatten gegeben hat und daß die meisten westlichen Museen und Regierungen jetzt damit beschäftigt sind zu diskutieren, wie Wiedergutmachungsfragen, die sich aus kolonialem Raub ergeben, gelöst werden können. Wir müssen natürlich sicherstellen, daß diese Debatten nicht zum Ersatz für reale Maßnahmen werden, d. h. zum Ersatz für die physische Rückgabe der geplünderten Kunstgegenstände. Es ist ja nicht das erste Mal, daß Museen und andere Einrichtungen mit Restitutionsforderungen konfrontiert werden. Ich selbst, der ich seit Jahren über diese Themen schreibe, bin mir dessen bewußt, daß vor mir schon viele andere darüber nachgedacht haben. Jetzt aber ist die Zeit zum Handeln gekommen!

Museumsdirektoren sollten ihre Institution nicht als Ort für Diskussionen über geplünderte Artefakte vorschlagen, solange sie diese ebendort stolz zur Schau stellen. Natürlich sollte man junge afrikanische Wissenschaftler/innen und Museumsbeamte zur Teilnahme an Debatten in Europa und den USA einladen, aber es wäre interessanter, die betreffenden Gegenstände nach Afrika zu restituieren und zu beobachten, wie junge Kurator/inn/en mit ihnen arbeiten. Auch Museumsaufträge an afrikanische Künstler/innen in der Diaspora oder in Afrika können nicht als Ersatz für die Rückgabe dienen. Einige Museen bieten sich als Vermittler zwischen afrikanischen und westlichen Staaten an oder

geben sich in Fragen der Rückgabe neutral, obwohl sie tatsächlich ein wichtiger Teil des Problems und ebenfalls Nutznießer von kolonialer Beute sind. Sie können sich also nicht von kolonialer Unterwerfung, Gewalt und Plünderung distanzieren.

Diejenigen, die behaupten, daß seit der Veröffentlichung des Sarr-Savoy-Berichts nicht viel geschehen ist, liefern häufig, vielleicht unbeabsichtigt, eine Erklärung, warum eine Rückerstattung nicht so schnell erfolgen kann. Sie erläutern den aktuellen Status des – in diesem Fall französischen – Gesetzes, das mit dem jahrhundertealten Grundsatz der »*inalienabilité*« den Verkauf oder die Weitergabe von Gegenständen im Staatseigentum verbietet. Die meisten der geplünderten afrikanischen Kunstobjekte stehen aber nach gegenwärtigem französischem Recht in staatlichem Eigentum und können somit nicht einfach zurückgegeben werden. Das französische Parlament müßte das französische Recht grund-



*Zoomorphe Darstellung des Königs
Béhanzin von Dahomey (heute Benin)
im Musée du quai Branly/Paris, 19. Jh.*

das Kolonialregime als das sehen, was es war: ein ungeordnetes System der Beherrschung eines Volkes durch ein anderes, das überlegene brutale Gewalt ausübt und das unterdrückte Volk und sein Schicksal dadurch kontrolliert. Viele haben noch nicht verstanden, daß Restitution eine Frage des Verhältnisses dieser beteiligten Parteien ist. Es geht um die Beziehung zwischen westlichen und afrikanischen Staaten. Der Sarr-Savoy-Bericht versucht, neue Grundlagen für die afro-europäischen Beziehungen zu schaffen, die auf gegenseitigem Einverständnis und Respekt beruhen sollen und nicht auf brutaler Gewalt und Gewalt wie bisher. Dies erklärt weitgehend die feindselige Aufnahme des Berichts in einigen westlichen Regionen. Der Untertitel des Berichts »Auf dem Weg zu einer neuen relationalen Ethik« ist vielfach völlig verloren gegangen.

Was auch immer die Kritiker des Sarr-Savoy-Berichts sagen oder tun, sie sollten die ständige Beleidigung von Afrikaner/inne/n beenden, nämlich daß sie nicht in der Lage wären, die Kulturgüter zu pflegen, die von europäischen Armeen mit Gewalt und Chaos gestohlen wurden. Plünderer oder Inhaber von Plünderungsgegenständen sind weder gesetzlich noch moralisch berechtigt, den enteigneten Eigentümern mitzuteilen, wie sie mit ihren Schätzen umgehen sollen. Ungeheuerliche und gefräßige Institutionen wie das *British Museum*, das 13 Millionen zumeist geplünderte Objekte aufbewahrt, können uns nicht täuschen mit der Beteuerung, sie bewahrten diese »im Namen der Menschheit«. Sie sind nur in dem Sinne

»universell«, daß sie geplünderte Artefakte aus der ganzen Welt enthalten. Diese Institutionen haben es bisher verabsäumt, ihre Menschlichkeit auch den beraubten Besitzern zu zeigen. Auch Angebote, in Frage kommende Objekte ihren ursprünglichen Eigentümern als Leihgaben zu überlassen – so hat die sogenannte *Benin Dialogue Group*, die sich aus westlichen Museen aus Großbritannien, den Niederlanden, Deutschland und Österreich zusammensetzt, vorgeschlagen, einige der geplünderten Benin-Objekte an Nigeria zu verleihen –, werden nicht ausreichen. Sie wollen gestohlene Gegenstände an ihre ursprünglichen Besitzer ausleihen! Das stellt Logik, Recht, Moral und Geschichte auf den Kopf. Nein, es geht nicht um solche Aktivitäten und Initiativen. Die geplünderten afrikanischen Kunstgegenstände müssen Afrika vielmehr zurückerstattet werden!

Kwame Tua Opoku ist Jurist aus Ghana. Nach Studien in London, Chicago und Aix-Marseille lehrte er an Universitäten in Nigeria und der BRD und begann schließlich eine Tätigkeit bei den Vereinten Nationen, wo er zuletzt die Funktion eines Legal Advisers im United Nations Office in Wien bekleidete. 1989/90 spielte er als Rechtsberater der UN Transition Assistance Group (UNTAG) eine wichtige Rolle bei der Unabhängigkeitswerdung Namibias. Seit Anfang der 1990er Jahre setzte er sich publizistisch und in öffentlichen Stellungnahmen für die Rückkehr der während der Kolonialzeit geraubten afrikanischen Kunstschatze aus europäischen Museen ein und fungierte als Berater für den Bericht von Felwine Sarr und Bénédicte Savoy. Sein Beitrag (www.modern-ghana.com/news/968851/some-have-waited-for-100-years-others-are-tired.html) erschien am 21. November 2019 im Onlineportal Modern Ghana und wurde von uns redaktionell bearbeitet und gekürzt.

Österreichische Museen im kolonialen Kontext

Spät, aber doch hat die Auseinandersetzung mit Fragen kolonialer Erwerbskontexte sowie mit konkreten Rückgabeforderungen an europäische Museen und Sammlungen auch Österreich erreicht. Ein erster, eintägiger Workshop fand am 17. Oktober 2019 unter Federführung Bundeskanzleramtes – das für Restitutionsfragen zuständig ist statt. Kooperationspartner waren der *International Council of Museums (ICOM)* Österreich sowie das Weltmuseum Wien. Eine weitere Veranstaltung folgte am 6. Dezember 2019 (leider nach Redaktionsschluß) zum Thema »Unsere Verantwortung für Objekte mit belasteter Geschichte«. Die Diskussion, schreibt das BKA, »wurde in der jüngsten Vergangenheit insbesondere durch Initiativen von Frankreich oder Deutschland, aber auch anderer Staaten mit einer spezifischen kolonialen Vergangenheit massiv lanciert. Um an diesem Diskurs teilnehmen zu können, ist es notwendig, die wesentlichen Stimmen innerhalb der österreichischen kulturellen Landschaft zu

Wort kommen zu lassen. Dabei sollen die insbesondere die Bundesmuseen betreffenden Forschungsfragen sowie eine Diskussion des aktuellen Forschungsstandes im Vordergrund stehen, um so etwaige Desiderata und nächste Schritte für die Zukunft benennen zu können.« Der Workshop am 17. Oktober begann mit einem Keynote-Vortrag von Prof. Walter Sauer, Universität Wien, der sich mit Sonderrolle der Habsburgermonarchie im europäischen Kolonialismus befaßte und daraus Schlußfolgerungen für die heimische Debatte über Restitution außereuropäischer Museumsobjekte ableitete. Daran anschließend kamen Vertreterinnen und Vertreter verschiedener Disziplinen und österreichischer Institutionen mit Ausführungen zur Erwerbssituation im 19. und im 20. Jahrhundert zu Wort. »Es finden sich kolonial-imperiale Kontexte hinsichtlich ethnografischer, naturkundlicher, antiker oder anthropologischer Erwerbungen aus Südamerika, Afrika und Asien bis hin zum australischen Kontinent«, so die Veranstalter. (BKA/Red.)

... sadocc news ...

AKTION: U2-Station Nelson Mandela-Platz. Im letzten Heft haben wir alle Leserinnen und Leser gebeten, in E-Mails oder Briefen an den Wiener Bürgermeister sowie die Wiener Linien unsere Forderung nach Umbenennung der U-Bahn-Station »Aspern Nord« in »Nelson Mandela-Platz« zu unterstützen. Allen jenen, die das bereits getan (und eine Kopie davon an office@sadocc.at geschickt) haben, möchten wir herzlich danken!

Die Reaktionen waren der Wiener Linien waren bislang negativ, während Bürgermeister Michael Ludwig sich bis jetzt nicht geäußert hat. Weder mit den Verkehrsbetrieben noch mit dem Magistrat kam ein persönliches Gespräch zustande – kein Zeichen dafür, daß Anliegen von Bürgerinnen und Bürgern ernst genommen werden.

Im Vorfeld des 6. Todestages von Nelson Mandela am 5. Dezember erinnerte SADOCC in einer Presseausendung an die Forderung. »Die Umbenennung der U2-Station würde nicht nur den Bekanntheitsgrad des Nelson Mandela-Platzes unter allen Wienerinnen und Wienern sowie Touristen erhöhen, sondern wäre auch ein Bekenntnis der Stadt Wien gegen Rassismus und für den internationalen Charakter des Standortes Wien«, heißt es in dem Text. »Das Dokumentationszentrum Südliches Afrika organisiert jährlich am 18. Juli, dem Internationalen Nelson Mandela-Tag, eine Südafrika-Wanderung durch die Seestadt. Damit wird an die weltweite Bedeutung eines der größten Staatsmänner in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts gedacht. Nelson Mandela gilt international durch seine Rolle als Widerstandskämpfer gegen die Apartheid und durch seine Politik

Forum Südliches Afrika

Donnerstag, 16. Jänner 2020, 19.00 Uhr

Ort: SADOCC, Favoritenstraße 38/Stiege 18/1, 1040 Wien

KUNST IM ÖFFENTLICHEN RAUM im Kontext der Stadtentwicklung Johannesburgs

Marcus Neustetter (Johannesburg)

Marcus Neustetter lebt als Künstler, Kulturaktivist und Produzent in Johannesburg. Seine Werke bewegen sich in einem multidisziplinären Ansatz in einem weiten Feld zwischen der konventionellen Zeichnung, permanenten und temporären Installationen zu virtuellen Interventionen und sozial engagierten Projekten in Südafrika und international.

der Versöhnung für den Aufbau eines demokratischen Südafrikas als politisches und moralisches Vorbild.«

Und da wir so schnell nicht aufgeben, ersuchen wir Sie weiterhin, in E-Mails oder Briefen unsere Initiative zu unterstützen. E-Mailadressen: michael.ludwig@wien.gv.at bzw. gfk@wienerlinien.at. Bitte setzen Sie office@sadocc.at in cc!

60 Jahre »Partner aller Nationen (PaN)«. Zum Jubiläum des Dachverbands aller Österreichisch-Ausländischen Gesellschaften, dem die Österreichische Namibia-Gesellschaft als ordentliches und SADOCC als außerordentliches Mitglied angehören, fand am 26. November eine festliche Galaveranstaltung im Wiener Rathaus statt. Unter der Schirmherrschaft von Bürgermeister Michael Ludwig luden PaN und seine Mitgliedsorganisationen zu einem bunten Programm kultureller Darbietungen aus fast allen Kontinenten ein. Afrika wurde durch



eine Tanzgruppe von Uganderinnen und Ugander, die in Österreich leben, vertreten (Foto). Wie wichtig Partnerschaften und Kooperationen seien, betonte der Präsident des Dachverbands, Univ. Prof. Hermann Mückler. Man habe in all den Jahren die Erfahrung gemacht, daß Partnerschaften nur im Dialog bestehen können. »Der Dialog macht aus Feinden Gegner und irgendwann dann mal Freunde«, so Mückler abschließend. Das sei auch das Credo des Dachverbands – man schließe Freundschaften, über Landesgrenzen hinweg.

IMPRESSIONEN AUS Zimbabwe

von Maria Kirchner



Österreichische Post AG
Info.Mail Entgelt bezahlt

Verlagsadresse:
1040 Wien, Favoritenstraße 38/18/1

Retouren an A-1040 Wien, Favoritenstraße 38/18/1



20-C+M+B-20

Starke Girls planen jetzt ihr Start-Up

STERNSINGEN.AT



Dreikönigsaktion
Hilfswerk der Katholischen Jungschar